

Die GWÖ DE hat ebenfalls unterzeichnet:

Erklärung gegen das Weltwirtschaftsforum 2026

Berlin, 19. Januar 2026 - Wir, die Unterzeichnenden, lehnen das Weltwirtschaftsforum ab. Hinter seiner Rhetorik von globalem Fortschritt dient das Forum dazu, den Reichtum und die Macht des reichsten einen Prozents der Welt zu stärken - auf Kosten von Mensch und Natur.

Das Weltwirtschaftsforum ist ein jährliches Treffen von wirtschaftlichen Eliten und Staatschefs, das die Macht von Konzernen auf globale Politik fordert. Auf diesem Treffen etablieren die Teilnehmer*innen neue Systeme der Ausbeutung, die Reichtum und Macht für wenige mehren und gleichzeitig Menschen und den Planeten opfern. Es feiert den Reichtum derjenigen an der Spitze. Arbeiter, lokale Gemeinschaften und marginalisierten Bevölkerungsgruppen sind ausgeschlossen, während sie den wahren Wert in der Wirtschaft schaffen und die Hauptlast des autoritären Wirtschaftssystems tragen, das das Weltwirtschaftsforum vorantreibt.

Wir weisen das Weltwirtschaftsforum als Festung autoritärer Macht zurück, die eine kapitalistische, patriarchale, kriegstreiberische und neokoloniale Wirtschaft verstetigt, die auf Ausgrenzung und der rücksichtslosen Ausbeutung von Leben beruht.

Wir lehnen die auf dem Forum propagierte autoritäre Form der Weltwirtschaft ab, die demokratische Räume zunehmend einschränkt, Reichtum konzentriert und die Stimmen derjenigen zum Schweigen bringt, die am stärksten von ihren Krisen betroffen sind, insbesondere im Globalen Süden. Die vom WEF propagierte Weltwirtschaft basiert auf patriarchalen Strukturen, die Sorgearbeit abwerten, Frauen und Angehörige rassistisch markierter Gruppen ausbeuten und Ungleichheiten verschärfen. Die Lobbyarbeit des WEF hinter den Kulissen begünstigt die zunehmenden autoritären Tendenzen vielerorts.

Wir kritisieren die Agenda des WEF, die besessen von Wachstum den ökologischen Kollaps anheizt. Von Rohstoffabbau über industrielle Landwirtschaft bis hin zu Megainfrastrukturprojekten führt dieses Wirtschaftsmodell zu Biodiversitätsverlust, Umweltverschmutzung und Klima-chaos, zur Verdrängung, Vertreibung und Verarmung von lokalen Gemeinschaften. Zehn Jahre nach dem Pariser Klimaabkommen, das einen globalen Wendepunkt weg von umweltzerstörenden Industrien hin zu einer gerechteren Wirtschaft darstellen sollte, erleben wir massiven Widerstand vonseiten der großen Konzernmonopole, darunter die Öl- und Rüstungskonzerne, die das Forum sponsern und dessen strategische Partner sind. Sie beuten den Planeten weiterhin aus, insbesondere in den Ländern des Südens, mit groß angelegten Greenwashing-Programmen wie dem Verkauf von CO₂-Zertifikaten.

Wir beobachten, dass das WEF Politiken fördert, die Sicherheit, Überwachung und militärische Expansion mit den Interessen des globalen Kapitals verknüpfen. Militarisierung stärkt die Ausbeutung von Mensch und Natur, unterdrückt abweichende Meinungen und lenkt öffentliche Gelder in profitorientierte Rüstungswirtschaften. Wir lehnen dieses militarisierte Wirtschaftsmodell ab, das den Gewinn von Konzernen über die Sicherheit der Menschen stellt und imperialistische Bestrebungen weltweit unterstützt.

Deshalb fordern wir:

- Eine Anerkennung der historischen Verantwortung: Schuldenerlass für Länder des Globalen Südens, Entschädigungszahlungen für Kolonialismus, Sklaverei und die Umweltkrisen sowie die Beendigung jeglicher neokolonialer Ausbeutung. Landraub und ungerechte Freihandelsabkommen müssen gestoppt werden.
- Eine Demokratisierung der Wirtschaft: Bürger*innen sollen mehr Mitbestimmung in der Wirtschaft bekommen. Menschenwürdige Arbeit ist essentiell, unabhängig der Herkunft. Reichtum muss global besteuert werden. Wir fordern ein Ende der Verfolgung, Kriminalisierung, Inhaftierung und Tötung von Umwelt-, Landrechtsaktivisten.
- Eine Demokratisierung globaler Wirtschaftsinstitutionen: Anstelle von privaten Institutionen wie dem Weltwirtschaftsforum, soll die Rolle der Vereinten Nationen gestärkt und demokratisiert werden, einschließlich ihres Sicherheitsrats. Sozialer Bewegungen und marginalisierter Gruppen sollen mehr Macht bekommen. Zudem sollen neue demokratische globale Wirtschaftsinstitutionen geschaffen werden.
- Eine Transformation der Wirtschaft hin zu Nachhaltigkeit und Solidarität: Die globalen Handelsregeln sollen demokratisch neugestaltet werden, um Ernährungssouveränität zu ermöglichen und lokale Produktion und Konsum, einschließlich Wertschöpfung im Globalen Süden, zu fördern. Bäuerliche Landwirtschaft und Agroökologie soll unterstützt werden. Lokale Gemeinschaften sollen ihre Gemeingüter selbst verwälten dürfen.
- Umweltgerechtigkeit jetzt: Das WEF fördert marktorientierte Lösungen, die die Ungleichheit verschärfen. Wir wollen Klimagerechtigkeit auf Basis der Menschenrechte. Ressourcen sollen gerecht nach feministischen Werten verteilt werden. Die Lebensgrundlagen lokaler Gemeinschaften müssen besonders geschützt werden. Konzerne brauchen strenge Umwelt- und Sozialregeln.
- Solidarität mit Migrant*innen und vertriebenen Gemeinschaften: Ohne gerechte Migration ist keine Gerechtigkeit möglich. Wir stehen an der Seite aller Menschen, die aufgrund von Konflikten, Rohstoffabbau, Verarmung und Klimakrise zur Flucht gezwungen sind, und fordern sichere Wege, das Recht zu Bleiben und zu Gehen sowie Würde für alle.

- Alternativen zum Weltwirtschaftsforum: Wir fordern ein Ende des Weltwirtschaftsforums und die Förderung des Weltsozialforums als kollektive Alternative – das nächste Weltsozialforum findet vom 4. bis 8. August 2026 in Cotonou, Benin, statt. Wir wollen Ihre Welt nicht länger verteidigen, wir wollen unsere eigene aufbauen.

ZEICHNENDE

- 1 La Convergence Globale des Luttes pour la Terre et l'Eau - Ouest Africaine (Organizers of the World Social Forum 2026), West Africa
- 2 StrikeWEF, Switzerland
- 3 Attac Germany, Germany
- 4 WEED - World Economy, Ecology and Development, Germany
- 5 Afrique-Europe Interact, Europe & West-Africa
- 6 Focus on the Global South, Mekong Regio, Philippines & India
- 7 DiEM25, Europe
- 8 Association pour la Défense des Droits des Aide-ménagères et domestiques, Senegal
- 9 Community Development Association (CDA), Bangladesh
- 10 ECOnGOOD: Gemeinwohl-Ökonomie, Germany
- 11 Economic Fighters League, Ghana
- 12 ROBIN WOOD e.V., Germany
- 13 Convergence Malienne contre les Accaparements des terres (CMAT), Mali
- 14 Global Policy Forum Europe, Europe
- 15 Degrowth Collective, Canada
- 16 COMCAUSA, Mexico
- 17 KlimaSeniorinnen Schweiz, Switzerland
- 18 Economic Social Justice Trust (ESJT), Namibia
- 19 Centre for the Politics of Emancipation, Serbia
- 20 Convergence des femmes rurales pour la Souveraineté Alimentaire (COFFERSA), Mali
- 21 Fridays for Future Austria, Austria
- 22 XR Justice Movement Uganda, Uganda
- 23 United for Climate Justice, Global
- 24 Ende Gelände, Germany
- 25 Organisation communautaire des jeunes Unis pour le droit, Côte d'Ivoire
- 26 VPOD, Switzerland
- 27 Initiative Perspektivwechsel e.V., Germany
- 28 Bewegung für den Sozialismus BFS/MPS, Switzerland
- 29 Armenian Environmental Front civic group, Armenia
- 30 Ende Gelände Hamburg, Germany
- 31 ADDAD, Côte d'Ivoire
- 32 Palestinian Refugees for Dignity, Europe
- 33 XR GENT, Belgium, Netherlands & UK
- 34 No Vox Togo, Togo
- 35 Association pour la défense des droits à l'eau et à l'assainissement, Senegal
- 36 ASID Europe e.V., Germany
- 37 Cerble des Jeunes pour le Développement durable Ayessi, Benin
- 38 Mouvement Africain pour les Droits Environnementaux dans la région de l'Est, Burkina Faso
- 39 attac Suisse, Switzerland
- 40 Veterans For Peace Chapter 105 Baltimore, MD, USA
- 41 GrowthKills, Belgium
- 42 Forum marocain des alternatives sud, Morocco

- 43 Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung (BLUE 21) e.V., Germany
- 44 Campax, Switzerland
- 45 Extinction Rebellion Belgium, Belgium
- 46 Réseaux des organisations pour a sécurité alimentaire (ROSA), Mauritania
- 47 Agissons Pour Sauver (APS), Benin
- 48 MatriArchiv, Switzerland
- 49 Forum des Organisation nationales de droit humain en mauritanie (FONADH), Mauritania
- 50 Neue Generation, Germany
- 51 CGLTE Mauritanie, Mauritania
- 52 Swiss Complicity, Switzerland
- 53 Association Tel-taaba pour le Bien être de la Femme de l'Est ATBF-E, Burkina Faso
- 54 Alliance Nationale des Acteurs au Développement en Guinée, Guinea
- 55 Entwicklungspolitisches Zentrum (EPIZ) Göttingen, Germany
- 56 SOS Faim Luxembourg, Luxemburg
- 57 Basel 2030, Switzerland
- 58 Centrale Syndicale de Secteurs Privé Para Public et Informel du Bénin (CSPIB), Benin
- 59 Sekhukhune Environmental Justice Network, South Africa
- 60 Comité Ouest africain de semences paysannes (COASP), West Africa
- 61 Sekhukhune combined mining Affected communities (SCMAC), South Africa
- 62 Verein Matriarchy for Future, Europe
- 63 Cargonoma - Degrowth - Parti Pour la Décroissance, Europe
- 64 Organisation des Petits Pêcheurs de Côte d'Ivoire et Réseau Novox, Côte d'Ivoire
- 65 Wonsminka Logouale, Côte d'Ivoire
- 66 Klimastreik Schweiz, Schweiz
- 67 CGLTE-OA Guinée, Guinea

Über die Gemeinwohl-Ökonomie | ECOnGOOD

Die international agierende Gemeinwohl-Ökonomie-Initiative nahm 2010 von Österreich ihren Anfang. Die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) ist ein zukunftsorientiertes Wirtschaftsmodell, in dem das „Gute Leben“ für alle das oberste Ziel ist. Die GWÖ basiert auf folgenden Grundwerten: Menschenwürde, Ökologische Nachhaltigkeit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit, Mitentscheidung und Transparenz. Das Herzstück der Gemeinwohl-Ökonomie ist die Gemeinwohl-Bilanz. Sie ermöglicht Unternehmen einen systematischen 360-Grad-Blick auf ihr Handeln. Das Ergebnis wird in einem transparenten Punktesystem dargestellt. Die Gemeinwohl-Bilanz ist als weltweit erster Nachhaltigkeitsstandard konzipiert und macht den Beitrag eines Unternehmens zum Gemeinwohl vergleichbar und Fortschritte bewertbar. Fünf Gruppen von Interessengruppen werden berücksichtigt: Lieferant*innen, Eigentümer*innen und Finanzpartner*innen, Mitarbeitende, Kund*innen und das gesellschaftliche Umfeld. Die Initiative umfasst weltweit derzeit rund 5.000 Mitglieder in über 170 Regionalgruppen, mehr als 1.400 bilanzierte Unternehmen, Organisationen und Kommunen, die die Vision der Gemeinwohl-Ökonomie verbreiten, umsetzen und weiterentwickeln.

Rückfragen zur Gemeinwohl-Ökonomie

Pressekoordination
Gemeinwohl-Ökonomie Deutschland
Sibylle Reuter
E-Mail: press-germany@econgood.org
<https://germany.econgood.org>